expertenReport



Quelle: Redaktion experten.de / KI-generiert

Rentenversicherung fordert Rücknahme der Milliardenkürzung

Michael Fiedler

Der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund warnt vor der geplanten Kürzung des Bundeszuschusses um drei Milliarden Euro. Die Beitragszahler müssten die Finanzierungslücke schließen. Nach aktuellen Berechnungen könnte der Rentenbeitrag 2028 deshalb stärker steigen als bisher erwartet.

Drei Milliarden Euro weniger Bundesmittel

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hatte sich am 13. November darauf verständigt, den Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung 2027 um insgesamt drei Milliarden Euro zu reduzieren. Im ursprünglichen Regierungsentwurf war bereits eine Kürzung um eine Milliarde Euro vorgesehen. Die Koalitionsfraktionen verständigten sich auf zusätzliche Einsparungen von zwei Milliarden Euro. Nach Angaben der Rentenversicherung summieren sich die Kürzungen der Bundeszuschüsse seit 2022 damit auf 10,6 Milliarden Euro. Die DRV kritisiert, dass die gesetzlich übertragenen Aufgaben trotz der geringeren Bundesmittel unverändert bestehen bleiben. Dazu gehören auch gesamtgesellschaftliche Leistungen, die aus ihrer Sicht aus Steuermitteln finanziert werden müssten.

Rentenbeitrag könnte 2028 auf 19,8 Prozent steigen

Die Folgen der Kürzungen könnten sich bereits 2028 beim Beitragssatz bemerkbar machen. Nach einer Vorausberechnung der Deutschen Rentenversicherung würde der Beitragssatz durch die zusätzlichen Einsparungen um weitere 0,1 Prozentpunkte auf 19,8 Prozent steigen. Ohne die zuletzt beschlossenen zusätzlichen zwei Milliarden Euro Kürzung wären 19,7 Prozent erwartet worden. Für 2027 rechnet die DRV weiterhin mit einem unveränderten Beitragssatz von 18,6 Prozent. Allerdings dürfte sich die Nachhaltigkeitsrücklage bis Ende des kommenden Jahres ihrer gesetzlichen Untergrenze stark annähern.

Vorstand warnt vor Lastenverschiebung

Die Vorstandsvorsitzenden kritisieren insbesondere die fehlende Verlässlichkeit der Bundesfinanzierung. „Es kann nicht sein, dass der Bund seine Verantwortung immer dann neu bewertet, wenn der Bundeshaushalt unter Druck gerät“, erklären Liebig und Wohlfeil. Wenn der Bund seinen Finanzierungsanteil reduziere, die übertragenen Aufgaben aber bestehen blieben, verschiebe sich die Belastung auf die Beitragsgemeinschaft. Das sei aus Sicht des DRV-

Vorstands weder sachgerecht noch generationengerecht. Die Kürzungen sind noch nicht endgültig beschlossen. Die abschließende Entscheidung über den Bundeshaushalt 2027 steht im Bundestag noch aus.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4953196/Bund-kuerzt-Rentenzuschuss---Beitragssatz-steigt-2028-staerker/